

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die 4. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises**  
**in der 10. Wahlperiode 2014/2019**

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal  
am Montag, 22. Dezember 2014, 15.00 Uhr

**III. Tagesordnung:**

**A) Öffentlicher Teil**

1. Verabschiedung von Herrn Dr. Said Kahla als Leitender Notarzt
2. Genehmigung der Niederschrift der 3. Sitzung vom 19. November 2014
3. Einwohnerfragestunde
4. Jahresrechnung des Donnersbergkreises 2013
  - a) Festlegung des geprüften Jahresergebnisses 2013
  - b) Entlastung zur Haushaltsführung und Jahresrechnung 2013
5. Entscheidung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2015
6. Berufung in die Besuchskommission für das Pfalzkrlinikum - Klinik für Psychiatrie und Neurologie in Rockenhausen

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet Landrat Werner per Handschlag Herrn Klaus-Dieter Groß, der für Sven Hoffmann in den Kreistag nachrückt.

**Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Verabschiedung von Herrn Dr. Said Kahla als Leitender Notarzt**

**I. Sachverhalt:**

Landrat Werner berichtet Dr. Said Kahla hat im Bereich des Katastrophenschutzes und der Feuerwehr die Altersgrenze von 63 Jahren erreicht und wird heute aus dem Amt des Leitenden Notarztes verabschiedet. Diese Aufgabe wurde von ihm seit 14 Jahren ausgeübt und machte ihn zu einem zentralen Verantwortlichen im Bereich des Katastrophenschutzes. Dr. Said Kahla war immer einsatzbereit und immer vor Ort, wenn es galt zu helfen. Als Leitender Notarzt war er verantwortlich für die medizinischen Vorgaben bei der Bewältigung von Schadensereignissen mit einer größeren Anzahl Verletzter oder Betroffener. Mit dem KFI und dem Orga-Leiter hat er in dieser Zeit zum Wohle der betroffenen Menschen eng zusammengearbeitet. In der Regel war Dr. Said Kahla zuständig für die medizinische

Versorgung der Verletzten, die Durchführung des gesamten medizinischen Einsatzes und die Beratung der Einsatzleitung in fachlichen Fragen. Voraussetzung ist dafür natürlich, dass er die jeweilige Lage verantwortungsbewusst beurteilen kann - die Verletzungen und Ausmaß der Schädigungen erkennt und die notwendigen Maßnahmen zur Rettung und Hilfe einschätzen und umsetzen kann. Jeder möchte sicher leben - die Menschen im Donnersberger Land wollen und müssen die Gewissheit haben - wenn Hilfe notwendig ist - dann kommt jemand, der auch tatsächlich hilft. Teil dieser Hilfe ist der Leitende Notarzt und Teil dieser Hilfe war bis heute Dr. Said Kahla. Durch seinen Einsatz konnte das Leben vieler Menschen gerettet und die Gesundheit vieler wieder hergestellt werden. Er war und ist der Mensch, der anderen hilft, die in Not geraten sind und damit ist Dr. Said Kahla Retter in der Not für viele Menschen. Für die Verantwortlichen des Donnersbergkreises war er die Garantie dafür gewesen, dass auch bei größeren Unfällen medizinische Hilfe organisiert werden kann. Dr. Said Kahla steht damit für die Sicherheit der Menschen im Donnersberger Land und stärkt dadurch auch den Lebensstandard Donnersberger Land.

Für die vielen Stunden, Tage und Nächte im Einsatz oder in Vorbereitung auf den Einsatz bedankt sich Landrat Werner ganz herzlich. Die Leistung, die Dr. Said Kahla hierbei erbrachte, war hervorragend und bewundernswert. Landrat Werner überreicht Dr. Said Kahla für seine geleisteten Dienste eine Dankurkunde des Donnersbergkreises.

Dr. Said Kahla bedankt sich und gibt den Anwesenden Einblick in seine bisherige Tätigkeit als Leitender Notarzt. Er informiert, dass regelmäßig Einsätze stattgefunden haben, über den gesamten Kreis verteilt. Bei einem Unfall mit mehr als 4-5 Verletzten ist es Aufgabe des Leitenden Notarztes die Katastrophe zu managen und die Abläufe zu organisieren. Früher wurden die Verletzten schnellstmöglich ins Krankenhaus transportiert. Heute versucht man unmittelbar an der Unglücksstelle das meiste zu koordinieren, um alle vorhandenen Strukturen mehr oder weniger gleich belasten zu können. Dieses System gibt es im Kreis seit rd. 14 Jahren, das mit Unterstützung von Landrat Werner im Kreis etabliert werden konnte und derzeit auch voll funktionsfähig ist.

Dr. Said Kahla informiert, er wird zwar als Leitender Notarzt im Bereich des Katastrophenschutzes nicht mehr tätig sein, doch die Funktion des Notarztes im medizinischen Bereich wird er weiterhin ausüben, was er sehr gerne und mit großer Freude macht.

Gerd Fuhrmann (SPD) bedankt sich bei Dr. Said Kahla für seinen persönlichen Einsatz, für das Ehrenamt, das er erfolgreich ausgeübt hat und für die Zeit, die er für diese Tätigkeit investiert hat.

**Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 3. Sitzung vom 19. November 2014**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner informiert, die Niederschrift wurde allen Mitgliedern übermittelt. Er fragt, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift gibt.  
Solche werden nicht geäußert.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 3. Sitzung vom 19. November 2014.

**Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde**

I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

**Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Jahresrechnung des Donnersbergkreises 2013  
a) Festlegung des geprüften Jahresergebnisses 2013  
b) Entlastung zur Haushaltsführung und  
Jahresrechnung 2013**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner übergibt den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt an den 1. Beigeordneten Michael Ruther, der wie folgt ausführt: „Gemäß § 57 der Landkreisordnung (LKO) in Verbindung mit § 110 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung (GemO) hat der Landrat den Jahresabschluss dem Kreistag zur Prüfung vorzulegen, nachdem er durch den Rechnungsprüfungsausschuss nach den Grundsätzen der §§ 112, 113 GemO geprüft worden ist.“

Nach § 114 Absatz 1 der GemO hat der Kreistag spätestens am 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zu beschließen. In einem gesonderten Beschluss entscheidet er über die Entlastung des Landrates

und der Beigeordneten, soweit diese einen eigenen Geschäftsbereich leiten oder den Landrat vertreten haben.“

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat am 17. Dezember 2014 getagt. Er bittet den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses Herrn Klaus-Dieter Groß (CDU) über das Ergebnis der Prüfung zur berichten.

Klaus-Dieter Groß (CDU) berichte, der Rechnungsprüfungsausschuss des Donnersbergkreises hat sich in seiner Sitzung am 17.12.2014 mit dem Jahresabschluss des Donnersbergkreises zum 31.12.2013 und dem Prüfbericht des Jahresabschlusses 2013 des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes befasst. Die im Prüfbericht aufgeführten Beanstandungen sind von der Verwaltung bereits umgesetzt, bzw. werden künftig beachtet. Mit Schreiben vom 17.11.2014 hat das RPA erklärt, dass die Beanstandungen erledigt sind. Es sind keine Verstöße gegen geltendes Recht und die Grundsätze einer sorgfältigen Haushaltsführung festgestellt worden. Der Rechnungsprüfungsausschuss des Donnersbergkreises hat deshalb einstimmig beschlossen, dem Kreistag vorzuschlagen, Herrn Landrat Werner, vertretungsweise auch den Kreisbeigeordneten für das Jahr 2013 die Entlastung zu erteilen und über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zu beschließen.

Christian Ritzmann (FDP) bezieht sich auf das aufgeführte Infrastrukturvermögen, das sich von 69 auf 67,9 Mio. € reduziert hat. Er möchte wissen, ob zu diesen Zahlen Inventarisierungswerte vorgelegt werden können, um den Status des Infrastrukturvermögens zu erfahren. Seiner Meinung nach wäre es notwendig neben den Restbuchwerten auch die Inventarisierungswerte in der Bilanz anzugeben.

Dezernent Fabian Kirsch informiert, diese Werte sind vorhanden und im Anlagenspiegel aufgeführt.

Christian Ritzmann (FDP) wäre dankbar, wenn ihm die Informationen, wie weit das Infrastrukturvermögen durchschnittlich abgeschrieben ist, nachgereicht werden könnten.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stellt den geprüften Jahresabschluss des Donnersbergkreises für 2013 wie folgt fest:

- Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung in Höhe von 2.019.769,68 €
- Bilanzsumme in Höhe von 216.731.188,04 €
- einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 56.021.097,45 €.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung

Der Kreistag des Donnersbergkreises erteilt dem Landrat als Leiter der Kreisverwaltung Donnersbergkreis, vertretungsweise auch den Kreisbeigeordneten, für das Jahr 2013 Entlastung und genehmigt die im Haushaltsjahr aufgetretenen Haushaltsüberschreitungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Entscheidung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2015**

### I. Sachverhalt:

Landrat Werner verkündet, zum ersten Mal seit 1996 sei man in der Lage wieder einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen. Ihm ist klar, dass ein Jahresüberschuss von 1.210 Euro bei einem Haushaltsvolumen von knapp 100 Millionen Euro nur ein verschwindend geringer Betrag ist. Dieser Betrag allerdings ein Zeichen dafür ist, dass es im Jahr 2015 und hoffentlich auch in den Folgejahren dem Kreis gelingen wird, seine Finanzen in den Griff zu bekommen und nicht immer mehr Schulden auf den Schuldenberg aufzutürmen. Es ist ein Zeichen für künftige Generationen dafür, dass ihnen nicht jegliche Luft zum Atmen und Gestalten geraubt wird, sondern dass man seiner eigenen Verantwortung gerecht werden will und möglichst wenig Schulden hinterlässt. Dieser kleine Jahresüberschuss ist damit ein Licht am Ende eines langen Tunnels.

Er ist ein Hoffnungsschimmer für eine gute Zukunft des Donnersberger Landes. Es ist die Chance, dass aufgrund solider finanzieller Grundlagen in diesem Landkreis auch in Zukunft mehr gestaltet als verwaltet werden kann. Gerade in der Diskussion über neue Gebietszuschnitte auch von Landkreisen muss man schon genau hinsehen, wo die Schulden weiter ungebremst ansteigen und wo dies nicht der Fall ist. Letztendlich ist damit dieser ausgeglichene Haushalt auch ein starkes Argument für die Zukunft des Donnersbergkreises als eigenständiger Landkreis.

Diese Haushaltsentwicklung kommt allerdings nicht vollkommen unerwartet. Die Fehlbeträge in den Jahresabschlüssen sind kontinuierlich gesunken, der Anstieg der Kassenkredite konnte abgebremst werden.

Für das Ausgleichen des Haushaltsplanes gibt es zwei wesentliche Gründe: Zum einen ist das die sparsame Haushaltswirtschaft, der sich die Kreisverwaltung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses und natürlich auch Landrat Werner sich selbst verpflichtet fühlten. Es ist

die auch vor künftigen Generationen verantwortungsbewusste Grundhaltung, die die Entscheidungen dieses Kreistages und seiner Ausschüsse geprägt hat. Auch hier herrschte das uneingeschränkte Bemühen vor, Ausgaben zu minimieren und dort zu konzentrieren, wo sie unmittelbar Zukunft für die Menschen im Donnersbergkreis gestalten können. Dies hat dazu geführt, dass man in den letzten Jahren in die Nähe des Haushaltsausgleiches kommen konnte. Deshalb haben die deutlich gestiegenen Zuwendungen des Landes Rheinland-Pfalz über den Finanzausgleich zum Haushaltsausgleich führen können. Dies sei der zweite Grund für dieses Ergebnis. Im nächsten Jahr wird das Land Rheinland-Pfalz seine Zuwendungen an den Donnersbergkreis aus dem Finanzausgleich um rund 5 Millionen Euro steigern. Dies betrifft vor allem die Schlüsselzuweisungen B und C sowie die Zuweisungen für die Schülerbeförderung. Dabei ist allerdings festzustellen, dass im Bereich der Schülerbeförderung eine knappe Million Euro als periodenfremde Einnahme zu verbuchen ist; diese werden in den Folgejahren in diesem Umfang nicht mehr zur Verfügung stehen. Trotzdem stehen für das Jahr 2015 die 5 Millionen Euro mehr und erlauben es somit trotz gestiegener Kosten im Sozial- und Jugendamtsbereich sowie einer Personalkostensteigerung von 2,3 % den Haushalt auszugleichen.

Dabei musste der Rückgang bei der Kreisumlage verkraftet werden. Durch gesunkene Steuereinnahmen in zwei Verbandsgemeinden wird die Kreisumlage um 563.000 Euro geringer ausfallen als im laufenden Jahr. Der Hebesatz der Kreisumlage wurde hierbei nicht verändert. Die gewichtete Kreisumlage beträgt auch im nächsten Jahr 41,8 % und liegt damit zwei Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt. Dies ist ein deutliches Zeichen, das auch in diesem Jahr wieder an die kreisangehörigen Gemeinden gegeben werden kann. Der Donnersbergkreis holt bei seinen Gemeinden deutlich weniger Geld ab, als dies die allermeisten anderen Landkreise tun - würde der Hebesatz auf den Landesdurchschnitt angehoben werden, so hätte der Kreis rd. 1,5 Mio. € Einnahmen mehr in der Kasse. Diese 1,5 Millionen Euro bleiben bei den Gemeinden und Verbandsgemeinden, die sie auch gut gebrauchen können. Dies ist auch ein Zeichen dafür, dass die Kreisverantwortlichen die Interessen der Gemeinden im Auge behalten, wenn es darum geht, diese Region fit zu machen für die Zukunft.

Trotz sparsamer Haushaltsführung werden in vielen Bereichen die Lebensverhältnisse der Menschen im Donnersberger Land gestaltet. Ein gemeinsames Ziel war und ist es, den Rechtsanspruch der Kinder auf Betreuung einzulösen. Dies gelingt auch im nächsten Jahr. Dadurch werden die Kinder fit gemacht für eine gute Zukunft und die Eltern können Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Dies ist eine Zukunftsaufgabe für jede Region. Dieses Angebot

wird durch das große Engagement vieler Erzieherinnen und Erzieher getragen. Auf ihren Schultern lastet die Hauptarbeit.

Der Kreis trägt hierbei große Teile der finanziellen Lasten. Im Jahr 2015 werden rund 9,2 Millionen Euro als Personalkostenzuschüsse für die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas aufgebracht. Dies entspricht rund 12 Punkten der Kreisumlage; das sind Mittel, die man allerdings gerne aufbringt.

Genauso gerne wird in die Bildung in den Schulen investiert. Rund 8,5 Millionen Euro wird für den Betrieb der kreiseigenen Schulen ausgegeben. Davon fließen über 700.000 Euro allein in die Gebäudeunterhaltung. Größte Einzelmaßnahme ist dort der erste Bauabschnitt für die Fenstersanierung bei der IGS in Rockenhausen, der mit 150.000 Euro veranschlagt wurde. Aber auch an allen anderen Schulen wird saniert und modernisiert.

Im investiven Bereich steht die Schaffung von Barrierefreiheit bei den Schulen im Mittelpunkt. So wurden sowohl für die Realschule plus in Göllheim als auch für die IGS und die Realschule plus in Rockenhausen entsprechende Planungskosten veranschlagt. Es soll an den Schulen neben der Aufzugsanlage auch die Errichtung von Behindertentoiletten und die Umstellung auf barrierefreie Automatiktüren planerisch erfasst werden. Mit diesen Unterlagen werden dann entsprechende Zuschussanträge beim Land gestellt, um im übernächsten Jahr dann auch tatsächlich bauen zu können.

Bereits gebaut ist der Aufzug im Wilhelm-Erb-Gymnasium und bei der IGS in Eisenberg.

Der Ausbau dieser Schule (IGS) wird ein Schwerpunkt der Investitionen in den nächsten Jahren sein. Aktuell wird die neue Mensa gebaut. Im nächsten Jahr sollen die Anträge für die Oberstufe auf den Weg gebracht werden. Dann gilt es auch, das Schulgebäude in der Friedrich-Ebert-Straße zu sanieren und zu modernisieren. Auch dazu werden Landesmittel benötigt.

Wohlstand kommt nicht nur auf guten Straßen, sondern auch über die Schiene. Trotz des Desasters bei der Umstellung auf den neuen Betreiber des Rheinhessen-Netzes – die VLEXX-Bahn – setzt man auch weiterhin auf den Schienenpersonennahverkehr. Teil davon soll ja auch einmal die Zellertalbahn werden. In einem ersten Schritt wird sie baulich so ertüchtigt, dass sie für die nächsten 15 Jahre ganzjährig den Ausflugsverkehr an Wochenenden aufnehmen kann. In diesem Haushalt sind Investitionen von rund 3,7 Millionen Euro in diese Strecke vorgesehen

– 85 % davon wird das Land Rheinland-Pfalz tragen. Den Rest tragen der Donnersbergkreis mit seinen Verbandsgemeinden Göllheim, Kirchheimbolanden und Winnweiler sowie der Landkreis Alzey-Worms. Auch wenn im Jahr 2015 die Gesamtinvestitionen wohl kaum realisiert werden können, sollen Weichen so gestellt werden, dass im nächsten Jahr Baubeginn ist und im übernächsten Jahr dann alle Signale auf Grün stehen.

Es hindert natürlich nicht daran, auch weiterhin in Straßen zu investieren. Es ist geplant im nächsten Jahr 2,2 Millionen Euro in Kreisstraßen zu stecken. Die K 80 von Göllheim zur Füllenweide steht genauso auf dem Programm wie der Ostring in Eisenberg und die K 6 im Felsbergerhof/Spreiterhof. Außerdem wird für einen Radweg zwischen Imsbach und Winnweiler Grunderwerb getätigt.

Zur Finanzierung all dieser Investitionen ist eine Kreditaufnahme von rund 1,9 Millionen Euro erforderlich. Da gleichzeitig 2,7 Millionen Euro getilgt werden, schreitet man auch hier auf dem seit Jahren praktizierten Weg der Reduzierung langfristiger Schulden weiter fort. Ende nächsten Jahres wird der Kreis rund 800.000 Euro weniger an Investitionsdarlehen haben als Ende diesen Jahres.

Landrat Werner möchte mit all dem nicht den Eindruck vermitteln, als sei das Ziel erreicht. Das Ziel eines schuldenfreien Donnersbergkreises mit blühenden Landschaften ist in weiter Ferne. Auch wenn rund eine Million an Kassenkrediten getilgt wird, bleiben immer noch 76 Millionen offen. Er hofft allerdings, dass ein Wendepunkt erreicht wurde. Eine Trendwende weg von immer weiter steigenden Schulden hin zu einer Reduzierung der Verschuldung. Um diesen Weg müssen sich alle gemeinsam auch weiterhin bemühen, denn es ist ein guter Weg - er führt nach vorne.

Der ausgeglichene Haushalt sei ein Meilenstein für eine positive und zukunftssichere Kreisentwicklung, so Gerd Fuhrmann (SPD). Die Zahlen im Ergebnishaushalt haben sich deutlich verbessert. Zurückführen ist diese Tatsache in erster Linie auf den Finanzausgleich des Lands von rd. 5 Mio. €, der insbesondere die Kreise und kreisfreien Städte entlastet. Natürlich erkennt man auch die über die letzten Jahre umgesetzte sparsame Haushaltsbewirtschaftung an. Um allerdings nachhaltig auf Dauer handlungsfähig zu bleiben, wird ein geregelter Finanzausgleich von Land und Bund gebraucht. Nu so kann ein generationsgerechter Haushalt, der sozial bleibt, künftig aufgestellt werden, mit dem viele Aufgaben erledigt werden können. Gerd Fuhrmann liegen besonders 3 Bereiche am Herzen: Hilfe für langjährige arbeitslose Menschen, mit dem Ziel diese in den 1. Arbeitsmarkt wieder zu

integrieren; Förderung der regionalen Wirtschaft und die Optimierung der Grundversorgung im medizinischen Bereich. Die Behandlung der letzten beiden Punkte könnte er sich durchaus im neu gebildeten Ausschuss für Demografie und Kreisentwicklung vorstellen. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt zu.

Rita Beck (B90/Grüne) merkt an, auch wenn der Haushalt 2015 sehr eng gestrikt ist und die Kreisschulden bei 105 Mio. € liegen, so werden sich doch die Gesamtverbindlichkeiten bis Ende 2015 verringern. Die Maßnahmen aus dem KEF greifen, die Änderung des Landesfinanzausgleichs beschert dem Donnersbergkreis mehr Schlüsselzuweisungen.

Für nächstes Jahr sind viele Investitionen im Kreis geplant. Im Bereich der Schulen wurden und wird 2015 viel investiert. Wichtig hierbei ist, dass alle Schule in Trägerschaft des Kreises, barrierefrei zugänglich sind. Dies ist die Voraussetzung für das Gelingen der Inklusion. Hier ist man auf einem guten Weg.

Die schlechten Kreisstraßen werden von den Bürgern oft moniert. 2015 werden trotz Sparhaushaltes zwei Millionen € in den Straßenbau investiert. Für den Radweg zwischen Winnweiler und Imsbach wird Gelände eingekauft. Der Pfrimmradweg in Zellertal wurde 2014 ausgebaut - eine Fortsetzung dieses Radweges als Verbindung zum bereits bestehenden Alsenztalweg würde sich anbieten.

Rita Beck ist erfreut darüber, dass der Ausbau der Zellertalbahn vorankommt. Hierfür sind 3,7 Mio. € in den Haushalt eingestellt, was eine gute Zukunftsinvestition darstellt. Die Fraktion B90/Grüne hofft auf eine Wiederinbetriebnahme im Rheinland-Pfalz-Takt.

Für 2016 steht ein neuer Nahverkehrsplan für den Kreis an. Denn ab dem Jahr 2022 soll auch der Busverkehr barrierefrei sein. Die Vorarbeiten hierzu müssen 2015 geleistet werden. Im kommenden Jahr sollen Bürgerforen zum Thema ÖPNV stattfinden. Das Ruftaxi im Donnersberg ist eine sehr gute Einrichtung. Leider kennen zu wenige Bürger den Fahrplan und die Rufnummern für die Anmeldung beim zuständigen Taxiunternehmen. Im Internet auf der Homepage des Kreises sind die Fahrpläne des Ruftaxis nach Liniennummern angegeben. Touristen dürften hiermit erhebliche Schwierigkeiten haben. Auch sollte die Internetauskunft des ÖPNV überarbeitet werden.

Ein Löwenanteil des Haushaltes 2015 betrifft den Bereich Jugend und Soziales. Der Kreis bietet ein flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuung, auch wenn es in der Gruppengröße der Kindergartengruppen und bei den Öffnungszeiten vielleicht noch Änderungswünsche gibt. Bei dem neu zu erstellenden Schulentwicklungsplan steht die Inklusion im Vordergrund. Diese kann nur gut gelingen, wenn genug Personal für die Kinder zur Verfügung gestellt wird. Hier

gibt es ab März 2015 Zuschüsse vom Land über ein Unterstützungsfonds für die Wahrnehmung von inklusiv - sozialintegrativer Aufgaben.

Weltweit sind aktuell mehr als 50 Mio. Menschen auf der Flucht, eine unvorstellbar hohe Zahl, die zuletzt im 2. Weltkrieg erreicht wurde. Es ist davon auszugehen, dass die Zahlen der Asylsuchenden auch im Kreis noch weiter steigen und man noch mehr Menschen Zuflucht gewähren wird. Der Donnersbergkreis steht mit seiner humanen Flüchtlings- und Asylpolitik gut dar. Hier hat man den Anspruch, den Menschen, die hier Zuflucht suchen auch eine angemessene Unterkunft zu bieten. Hier ein Dank an alle, die sich für die Flüchtlinge und die Asylsuchenden im Donnersbergkreis einsetzen. Die Fraktion B90/Grüne wird dem Haushalt 2015 und dem Stellenplan zustimmen.

Rudolf Jacob (CDU) informiert, die CDU-Fraktion begrüßt es grundsätzlich, dass der Haushalt erstmals seit 1996 im Plan wieder ausgeglichen ist bzw. einen sehr kleinen Überschuss ausweist. Würde er tatsächlich an dieses Ergebnis glauben, so würde heute die CDU-Fraktion einen Antrag auf Senkung der Kreisumlage stellen.

Diese auf den ersten Blick erfreulichen Zahlen sind u.a. nämlich dem Umstand geschuldet, dass die Landesregierung im horizontalen Finanzausgleich eine Umverteilung von den Orts- und Verbandsgemeinden hin zu den Kreisen und kreisfreien Städten vorgenommen hat. Diese 5 Mio. € Mehreinnahmen, die hier angesprochen wurden, müssen ja schließlich auch irgendwo herkommen. Seiner Meinung nach wäre die Überlegung durchaus wert, um hier durch die Senkung der Kreisumlage diesem Umverteilungseffekt des horizontalen Finanzausgleichs entgegen zu wirken. Der im Plan enthaltene Haushaltsausgleich wird zumindest teilweise zu Lasten und auf Kosten der Orts- und Verbandsgemeinden erreicht. Der Hinweis von Landrat Werner, dass die Umlage des Donnersbergkreises unter dem Landesdurchschnitt liegt, sei zwar richtig, allerdings dürfe dabei nicht vergessen werden, dass auch die Steuerkraft der Ortsgemeinden und Städte im Kreis eben so unter dem Landesdurchschnitt liegt. Sicherlich kann dem entgegen gehalten werden, dass bei einer Umlagensenkung der Haushalt von der ADD nicht genehmigt wird und dadurch dringend notwendige Investitionen aufgeschoben wären. Hier ist die CDU-Fraktion allerdings der Auffassung, dass es durchaus in Erwägung zu ziehen wäre, gegen eine Versagung der Haushaltsgenehmigung zu klagen, womit die Landesregierung bereits mehrfach Erfahrungen machen konnte. Dies sei allerdings alles nur Theorie, so Rudolf Jacob. Denn seiner Auffassung nach, sei dieser Haushaltsentwurf bereits überholt, bevor er überhaupt beschlossen ist. So sind beispielsweise rd. 700.000 € Mehrkosten für die Zellertalbahn überhaupt noch nicht berücksichtigt, von denen ein nicht geringer Teil beim Kreis hängen bleiben wird. Auch andere Ansätze, wie z. B. die des Jugend- und

Sozialamtes sind auf Kante genäht, um so den schon länger angekündigten Haushaltsausgleich erreichen zu können. Es bleibt also abzuwarten, ob die schwarze Null auch im Nachtragshaushalt noch Bestand haben wird. Sollte dies der Fall sein, wird die CDU-Fraktion zum Nachtragshaushalt die Senkung der Kreisumlage beantragen.

Im Stellenplan vermisst die CDU-Fraktion aus ihrer Sicht notwendige Anpassungen auf Missstände in der Verwaltung. Denn wenn beispielsweise brandschutzrechtliche Stellungnahmen zu wichtigen Bauvorhaben monatelang auf sich warten lassen, ist hier etwas schlecht organisiert oder es gibt zu wenig qualifiziertes Personal. Im Personalbereich werden falsche Schwerpunkte gesetzt - so werden neue Stellen geschaffen, um im Abfallbereich Umweltparlamente in den Schulen zu betreuen; in Bereichen hingegen wo Bürger und Firmen auf dringende Genehmigungen warten, stockt es.

Auch der Ansatz im Feuerwehrbereich für die Anschaffung eines Gerätewagens Atemschutz über 127.000 € wird kritisch gesehen. Bei einem solchen Sonderfahrzeug, das einsatzmäßig nur alle paar Jahre benötigt wird, sollte geprüft werden, ob der Zugriff auf ein solches Fahrzeug nicht durch eine Zweckvereinbarung z. B. mit der Stadt Kaiserslautern gesichert werden kann. Bei einer Anfrage im Kreisausschuss nach dem Fehlen eines ELW 2 wurde geantwortet, es wird geprüft, ob diese Anschaffung durch Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung mit einem Nachbarkreis oder der Stadt Kaiserslautern entbehrlich wird. Dies sei aus Sicht der CDU-Fraktion der richtige Weg und sollte auch so beim Gerätewagen Atemschutz so praktiziert werden. Die Berufsfeuerwehr Kaiserslautern sei durchaus bereit und daran interessiert solche Vereinbarungen einzugehen.

Abschließend bezieht sich Rudolf Jacob auf die nicht ausgezahlten Gehaltsbestandteile aus der Leistungszulage. Hier werden seit Jahren Beträge eingefroren, da es zu keiner Einigung zwischen Dienststellenleitung und dem Personalrat über eine Dienstvereinbarung zur Gestaltung der Leistungszulage gekommen ist. Er möchte wissen, wie hoch der mittlerweile aufgelaufene Betrag sei und wo sich dieser im Haushalt wieder findet. Die CDU wird dem Haushalt zustimmen.

Landrat Werner ist nicht der Meinung, dass das Land die Schlüsselzuweisungen der Kreise zu Lasten der Gemeinden erhöht hat. Höhere Steuereinnahmen beim Land führten dazu, dass auch die Höhe der Schlüsselzuweisungen insgesamt gestiegen ist. Im Jahr 2015 profitieren schließlich auch die Gemeinden von den gestiegenen Schlüsselzuweisungen.

Zu der Zellertalbahn merkt Landrat Werner an, dass diese tatsächlich teurer wird, als die 3,7 Mio. €. Allerdings wird man die Zellertalbahn in 2015 nicht komplett ausbauen können. Im Jahr 2016 wird im Haushalt ebenfalls ein Betrag für die Zellertalbahn zur Verfügung gestellt werden, sodass die Zahlen des vorliegenden Haushaltes keineswegs überholt sind.

Zum Thema Leistungszulage informiert Landrat Werner, die Diskussion mit dem Personalrat besteht bereits seit der Einführung der Leistungszulage, nach welchen Kriterien diese zu verteilen ist. Der Personalrat ist der Meinung, dass jede/r Mitarbeiter/in gleich viel bekommen soll - Landrat Werner sieht dies anders, denn Leistungszulage bedeutet auch besondere Leistung. Deshalb hat er angeboten Zielvereinbarungen mit den Mitarbeitern/innen zu treffen. Bei Erreichen der gesetzten Ziele wird dann die Leistungszulage fällig.

Dezernent Fabian Kirsch informiert die nicht ausgezahlten Gehaltsbestandteile im Bereich des Leistungsentgeltes betragen rd. 270.000 € und sind als bilanzielle Rückstellungen im Kreishaushalt eingestellt.

Zum Thema Gerätewagen Atemschutz, klärt Dezernent Fabian Kirsch auf, dass dieses Fahrzeug regelmäßig zum Einsatz kommt. Der Gerätewagen Atemschutz steht derzeit in Eisenberg und dient auch insbesondere bei größeren Einsätzen dazu, die VG-Wehren zu entlasten, wenn diese mit ihrer Atemschutzreserve an die Grenze kommen. Dieses Fahrzeug sei auch als mobile Reserve unverzichtbar.

Rudolf Jacob (CDU) entgegnet zur Aussage von Landrat Werner, dass im Zuge dieses Finanzausgleichs, das Aufwachsen bei den Orts- und Verbandsgemeinden wesentlich höher gewesen wäre, wenn eben dieser Finanzausgleich nicht so geregelt worden wäre, worauf auch ein Positionspapier des GStB hinweist. Die Frage ist nicht, was haben die Orts- oder Verbandsgemeinden mehr oder weniger an Schlüsselzuweisungen. Viel mehr geht es hier um die Frage, was würde dem kreisangehörigen Raum an entsprechenden Zuweisungen zustehen, wenn es diesen Finanzausgleich nicht gegeben hätte.

Klaus-Dieter Magsig (FWG) ist ebenfalls über den ausgeglichenen Haushalt erfreut. Ob es sich allerdings um einen Wendepunkt handelt, bleibt abzuwarten. Klaus-Dieter Magsig geht davon aus, dass die Mittel, die hier dem Haushalt des Kreises gut tun, mittelfristig den Haushalten der Orts- und Verbandsgemeinden fehlen werden.

Die FWG-Fraktion begrüßt den ausgeglichenen Haushalt und ist auf den Nachtragshaushalt in der zweiten Jahreshälfte sehr gespannt.

Christa Mayer (SPD) ist sehr froh, dass im Kreishaushalt die Aufgaben Schule und Kitas im Mittelpunkt stehen und hier auch weiterhin investiert wird. Das Thema Inklusion steht bevor, dass auch gewisse Kosten mit sich bringt, die hoffentlich mit Unterstützung des Landes bewältigt werden können. Denn es werden nicht nur die baulichen Veränderungen von Nöten sein, sondern auch die Aufstockung personeller Ausstattung, um dem Ziel der Inklusion gerecht werden zu können. Christa Mayer ist allerdings frohen Mutes, dass der eingeschlagene Weg auch im Rahmen künftiger Haushaltsplanungen umgesetzt werden kann.

Auch die FDP-Fraktion ist über den ausgeglichenen Haushalt sehr erfreut, so Christian Ritzmann (FDP), was auch sehr viel damit zu tun hat, dass seinerzeit der Kreistag, auch auf Anregung der FDP, den Druck auf die Landesregierung erhöht hat und der Klage gegen den Finanzausgleich beigetreten ist. Er informiert, die Stadt Neustadt/Weinstraße hat im Bezug auf die U3 Betreuung eine Klage gegen den Finanzausgleich eingeleitet. Er möchte wissen, ob beim Kreis ebenso das Problem besteht, dass eine Unterdeckung bei den Zuwendungen für die Kosten der U3 Betreuung vorliegt.

Die angesprochene Inklusion wirft ebenfalls in der Finanzierung Fragen auf. Hier müssen unter Umständen künftig Einnahmen vom Land eingefordert werden.

Des Weiteren moniert Christian Ritzmann den Einstieg des Kreises in die Energieproduktion über Windkraft. Diesen hält er für falsch, denn künftig würden dadurch Standortnachteile entstehen.

Die FDP-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Landrat Werner bezieht sich auf die angesprochenen Klagen im Bereich der U3 Betreuung und erklärt, dass die kreisfreien Städte hier eine andere Position haben. Diese sind nämlich auch gleichzeitig Träger der Kitas, was bei den Landkreisen nicht der Fall sei, sodass dieses Problem den Donnersbergkreis nicht betrifft.

Helmut Schmidt (Linke) lobt die Verwaltung für das vorgelegte Zahlenwerk und für die geleistete Arbeit. Im Gegensatz zu anderen sieht er allerdings keine Trendwende, was den Kreishaushalt betrifft. Der Kreis erhält zwar Mittel vom Land, doch es stellt sich die Frage wie ein hoch verschuldetes Land wie Rheinland-Pfalz diese Mittel wohl finanzieren mag. Hier sieht Helmut Schmidt viel mehr den Bund gefordert. Denn dort verfügt man auch über die Möglichkeiten, um den riesigen Investitionsstau, der in Deutschland ansteht, abzuarbeiten.

Zum Schluss informiert Helmut Schmidt, dass im Kreis rd. 10.000 Bewohner arm sind. Leider werden hier die Möglichkeiten einer zusätzlichen Hilfe nicht angesprochen, was er sehr

bedauert. Trotz Anerkennung der geleisteten Arbeit wird er dem Haushalt nicht zustimmen.

Gustav Herzog (SPD) bekräftigt, dass die derzeitigen Entwicklungen eine Trendwende durchaus möglich machen. Hierfür sprechen u.a. drei Gründe:

1. Der Donnersbergkreis hat seine Hausaufgaben gemacht, in dem immer sparsam gewirtschaftet wurde, auch zu Zeiten, wo das Defizit viele Millionen betrug.
2. Die Zuwendungen des Landes sind gestiegen, was auch immer hier im Kreistag gefordert wurde. In den nächsten Jahren sollen diese noch steigen.
3. Der Bund wird erstmalig in dieser Wahlperiode 1 Milliarde € pro Jahr den Kommunen zusätzlich zur Verfügung stellen. Gegen Ende der Wahlperiode ist beabsichtigt 5 Milliarden pro Jahr an die Kommunen auszuzahlen, wobei hier noch über die Modalitäten zu reden sein wird. Inwieweit die Kosten der Unterkunft oder die Eingliederungshilfe das richtige Instrument hierbei sein können, ist noch zu untersuchen, denn die Anforderungen der Kommunen, Kreise und Städte sind im gesamten Bundesgebiet sehr unterschiedlich. Wichtig sei allerdings die Botschaft, dass es mehr Geld für die Kommunen geben wird.

Gustav Herzog hat die Hoffnung und die Erwartung, dass die positive finanzielle Situation in 2015 stabil bleibt und sich im Jahr 2016 fortsetzt.

Die Aussage von Gustav Herzog lässt Klaus-Dieter Magsig (FWG) hoffen. Es stellt sich jedoch die Frage, wie viel von den Mitteln letztendlich bei den Kommunen auch tatsächlich ankommen werden. Wenn die Kommunen nämlich kommunale Selbstverwaltung betreiben sollen, wird hierzu eine ordentliche Finanzausstattung benötigt, die mit solchen kleinen Beträgen, wie derzeit, mittelfristig nicht zu leisten ist.

Landrat Werner berichtet, der Bund überlegt sich intensiv, wie die Mittel, die er bereitstellt, auch unmittelbar bei den Kommunen ankommen. Deshalb sind 50% der Mittel über die KdU zu den Kreisen und kreisfreien Städten geflossen. Denn Ausgangspunkt der Diskussion war, die Kommunen zu entlasten, die unter den Sozialhilfelasten leiden und das sind nun mal die Kreise und kreisfreien Städte.

Die andere Hälfte der vorab Milliarde begünstigt über die Erhöhung der Umsatzsteuer die Gemeinden. Lt. einer Rechnung des Landkreistages müssten Kreise 0,36 Punkte Kreisumlage erhöhen, um diesen Mehrbetrag abzuschöpfen. Für Landrat Werner ist wichtig festzuhalten, dass die Mittel des Bundes auch wirklich bei den Kommunen ankommen. So sollte jeder das Bestreben haben - unabhängig von seiner politischen Orientierung - sich dafür zu engagieren, dass die Mittel tatsächlich effektiv bei den Kommunen ankommen.

Klaus-Dieter Magsig (FWG) entgegnet der Haushalt des Kreises wird zu einem hohen Maß aus der Kreisumlage finanziert, die von den Orts- und Verbandsgemeinden gezahlt wird. Das Gleiche gilt genau so für die Verbandsgemeinden. Wenn dann von Kommunen und Entlastung gesprochen wird, wünscht sich Klaus-Dieter Magsig eine solche Entlastung, die letztendlich die bevorteilt, die vor Ort die Selbstverwaltung betreiben - und das sind nun mal die Gemeinden.

Landrat Werner bekräftigt, weil man das gemeinsam so sieht, gibt es hier keinen im Raum, der die Erhöhung der Kreisumlage auf den Landesdurchschnitt vorgeschlagen hätte. Diese 1,5 Mio. € bleiben dadurch bei den Gemeinden.

Christian Ritzmann (FDP) ist der Meinung, nachdem von Gustav Herzog so viel Zuversicht gestreut wurde, müsste eigentlich die CDU-Fraktion bereits jetzt den Antrag auf Senkung der Kreisumlage stellen. Denn die Kommunen des Kreises haben die höchsten pro Kopf Kassenkredite in Rheinland-Pfalz. Eine Entlastung über die Kreisumlage wäre hier demnach noch eher geboten, als in anderen Kreisen.

Manfred Schäfer (CDU) ist erfreut nach 19 Jahren einen ausgeglichen Haushalt vorgelegt bekommen zu haben. Allerdings berücksichtigt der Haushalt nicht die gesamtwirtschaftliche Lage. Viel mehr wird davon ausgegangen, dass die Steuereinnahmen des Landes und Bundes auf dem gleichen Niveau bleiben. Allerdings bewegen sich wirtschaftliche Abläufe schon immer nach oben und unten, sodass man das Ganze nicht mit einer rosaroten Brille betrachten sollte.

Ulrich Kolb (FWG) wendet sich mit seiner Aussage an Helmut Schmidt (Linke). Er empfiehlt ihm den Haushalt genauer zu inspizieren. Denn fast der gesamte Haushalt sei überwiegend für die Menschen gedacht, die von Herrn Schmidt hier angesprochen wurden.

Zum Thema Inklusion merkt Ulrich Kolb an, dass in dem Bereich Kosten entstehen werden, die nicht von Dritten übernommen werden, sondern vom Kreis zu tragen sind. Weil Inklusion viele Facetten hat, wird er hierbei ein besonderes Augenmerk darauf haben, für welche Zwecke hier die Mittel ausgegeben werden.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt die Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme

**Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Berufung in die Besuchskommission für das Pfalzkrlinikum - Klinik für Psychiatrie und Neurologie Rockenhausen**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Gemäß § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) soll der Kreistag in dessen Gebiet sich eine Einrichtung im Sinne des § 12 Abs. 1 PsychKG – hier die Klinik für Psychiatrie und Neurologie in Rockenhausen – befinden, für jeweils fünf Jahre eine Besuchskommission berufen.“

Aufgabe der Besuchskommission ist es, die Einrichtung in Abständen von längstens einem Jahr zu besichtigen, um zu prüfen, ob die Rechte der untergebrachten Personen nach dem PsychKG gewahrt werden. Der Besuchskommission ist ungehinderter Zugang zu der Einrichtung zu gewähren. Bei der Besichtigung ist den untergebrachten Personen Gelegenheit zu geben, Wünsche und Beschwerden vorzutragen. Die Einrichtung soll die Besuchskommission bei ihrer Tätigkeit unterstützen.

Die Mitglieder der Besuchskommission sind zur Verschwiegenheit in persönlichen Angelegenheiten der untergebrachten Personen verpflichtet und erhalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter.

Die Besuchskommission wurde in der Legislaturperiode 2004/2009 erstmals für den Donnersbergkreis gebildet und hat seit dem jährlich die Klinik besucht und anschließend dem Kreistag einen Bericht mit den Ergebnissen der Überprüfung vorgelegt. Die Geschäftsführung der Kommission erfolgt durch die Psychiatriekoordinatorin der Kreisverwaltung, Frau Irene Fleckenstein.

Nach den Empfehlungen des Landespsychiatriebeirates sollte sich die Besuchskommission wie folgt zusammensetzen:

- a) ein(e) Arzt/Ärztin für Psychiatrie
- b) eine Person mit der Befähigung zum Richteramt
- c) ein(e) Vertreter(in) der Angehörigen
- d) ein(e) Vertreter(in) der psychiatriee erfahrenen Personen oder ein(e) gesetzliche(r)

Betreuer(in)

- e) ein(e) Vertreter(in) des Psychiatriebeirates; dieser/diese sollte eine andere Gruppierung vertreten als die vorgenannten.
- f) ein(e) Vertreter(in), je nach örtlichen Gegebenheiten

Für die Legislaturperiode 2014/2019 werden folgende Personen vorgeschlagen:

- Zu a) Dr Irene Gryparie-Mewes, Eisenberg
- Zu b) Eva Hoffmann, Juristin der Kreisverwaltung
- Zu c) Manfred Schäfer, Alsenz
- Zu d) Sylvia Rosenbaum, Betreuungsbehörde der Kreisverwaltung
- Zu e) Susanne Hintze, Kirchheimbolanden
- Zu f) Frank Reinecke, Arzt im Gesundheitsamt“

## II. Beschluss:

Der Kreistag beruft die Besuchskommission gemäß § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) für die Legislaturperiode 2014/2019.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Landrat Werner bedankt sich anschließend bei den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 16.30 Uhr die Sitzung des Kreistages.

gez.

(Werner)  
Vorsitzender

gez.

(Herbrandt)  
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

## **ABSCHLUSS**

Tag der Einladung: 04.11.2014

Tag der Sitzung: 19.11.2014

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 15.50. Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 31

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 7

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt